

Lukashenkas Stresstest gegen die EU

Internationaler Workshop zur Situation an der europäischen Außengrenze zu Belarus

Veranstaltungsbericht von Daniel Wyszecski

Sich in informeller Runde mit ausgewiesenen Experten zu aktuellen Themen auszutauschen und – gerade auch im Rahmen der grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Beziehungen – unterschiedliche nationale Perspektiven und Standpunkte zu beleuchten bzw. zu diskutieren, ist etwas, was die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen seit nunmehr 30 Jahren regelmäßig praktiziert und fördert. Aufgrund der derzeit so dynamischen Lage an der europäischen Außengrenze Polens zu Belarus trafen sich am 08. Dezember kurzfristig internationale Experten in vertrautem Kreis, um die Geschehnisse der letzten Wochen zu reflektieren und politisch einzuordnen. Das Gespräch fand im Auslandsbüro der KAS in Warschau statt und musste aufgrund der wieder stärker einsetzenden Pandemiebeschränkungen hybrid abgehalten werden. Internationale Referenten wie Gerald Knaus von der *European Stability Initiative* (ESI) und Dr. Astrid Sahm von der *Stiftung Wissenschaft und Berlin* (SWP) nahmen daher online via ZOOM an dem gemeinsamen Workshop teil.

Als auffallend erwies sich, dass die Analysen der Experten aus Polen, Deutschland und Österreich entlang je eigener Perzeption sehr unterschiedliche Ergebnisse zu Tage förderten – und dennoch für sich genommen nachvollziehbar waren. In humanitärer Hinsicht ist der Tod und das Leid eines jeden Einzelnen an Europas Grenzen ein trauriges Zeugnis der Niederlage in Ansehung unserer Werte und unserer Verantwortung gegenüber anderen Menschen – besonders im christlich geprägten Polen erleben wir diesbezüglich eine tiefe gesellschaftliche Spaltung. Auch die Verletzung der Medienfreiheit in der Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Journalisten und der Behinderung der Berichterstattung aus dem Grenzgebiet wird in Polen aufgrund historischer Erfahrungen unterschiedlich eingeordnet: von einer Seite als Angriff auf die wehrhafte Demokratie und eine mögliche Niederlage im Kampf um das gesellschaftliche Narrativ, von anderer Seite als notwendiges Übel in Zuge eine Ausnahme-situation.

Gleichzeitig, so gaben Experten während des Workshops zu bedenken, stellt jede Inkaufnahme so genannter *Pushbacks* unser Rechtssystem und das europa- und völkerrechtlich fest verankerte *Non-refoulement-Gebot* infrage. Gerade die deutsche Debatte scheint an dieser Stelle stärker auf die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit des Handelns polnischer Behörden an der Grenze abzustellen. Als zentral wird in diesem Kontext auch die Frage aufgeworfen, was es für die Europäische Union bedeutet, wenn in Zukunft Urteile des EuGH und des EGMR mittels Notstandsgesetzen außer Kraft gesetzt und faktisch ignoriert werden?

Sollten angesichts der tatsächlich vergleichsweise eher niedrigen Zahl an Migranten an der Grenze mit Belarus nicht doch andere, weniger eskalierend wirkende Lösungen gefunden werden – etwa in Kooperation mit Drittstaaten? Und wird nicht die nun gewählte Art der Konfliktlösung letztlich vielleicht sogar das faktische Ende der Genfer Flüchtlingskonvention bedeuten? Entlang dieser Fragen diskutierten die internationale Experten gemeinsam, aber kontrovers.

Eines ist sicher: Die Maßnahmen der polnischen Regierung lassen sich nur angemessen nachvollziehen, sofern der gegenwärtige Konflikt durch das Prisma der Sicherheit betrachtet wird. Lukashenkas staatlich organisierte Verschleppung von Migranten an die europäische Außengrenze wird in Polen überwiegend als „kriegerischer Angriff“ interpretiert, der die nationale Souveränität beeinträchtigt und Verteidigungsmaßnahmen verlangt. Entsprechend dürften selbst europafreundlich eingestellte, grundsätzlich für Rechtsstaatlichkeit Eintretende Polen eher für eine Änderung von EU-Gesetzen plädieren, statt eine für Flüchtlinge offene Grenze und die Durchführung zehntausender Asylverfahren zu befürworten. Aus Sicht des polnischen Innenministers, Mariusz Kaminski, wurde in diesem Sinne Lukashenkas hybrider Angriff überaus erfolgreich abgewehrt. Auch Vertreter namhafter polnischer Think Tanks schlossen sich im Rahmen des Workshops dieser Bewertung an. Denn die Zahl der Grenzübertritte sinkt, Lukashenkas Taktik geht nicht auf, und wie es aussieht ist der Machthaber in Minsk gezwungen, die Situation sukzessive neu zu bewerten. Ferner wurde im Rahmen der Debatte die Einschätzung vertreten, das belarussische Regime selbst scheine inzwischen mit der hohen Zahl der Migranten im eigenen Land überfordert. Einigkeit unter den Sicherheitsexperten herrschte darüber, dass die Krise an der Europäischen Außengrenze zu Belarus als Teil des übergeordneten, geostrategischen Vorgehens Russlands unter Führung Putins verstanden werden müsse. Entsprechend dürften die Europäer die Gesamtsicht – das „bigger picture“ – nicht aus dem Blick verlieren.

Erwartungsgemäß wurde die Debatte durchaus kontrovers, aber stets in gegenseitiger Wertschätzung geführt. Auch wenn es derzeit scheint, als würde der Konflikt aufgrund der sinkenden Temperaturen im wahrsten Sinne des Wortes auf Eis liegen, bleibt abzuwarten, ob Lukashenka den Stresstest, dem er die Europäische Union aussetzt, selbst beendet oder ob wir es an der belarussischen Grenze zu Polen und zum Baltikum mittelfristig und regional betrachtet mit einer neuen, für Migranten im Vergleich zu anderen Wegen relativ erfolgsversprechenden Route in Richtung EU zu tun haben werden.

(KAS Polen; DW/TB, 09.12.2021)